



Antrag

der Fraktion der FDP

Asylrecht weiterentwickeln - Teilhabe und Chancen verbessern - Ressentiments bekämpfen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel einzubringen, das im § 61 Abs. 2 Asylverfahrensgesetz (AsylVfG) für Asylbewerber bestehende generelle Arbeitsverbot im ersten Jahr aufzuheben. Die im § 61 Abs. 2 AsylVfG verankerte Zustimmungspflicht der Bundesagentur für Arbeit ist nicht mehr zeitgemäß. Der Landtag fordert daher, die Zustimmungspflicht durch eine Anmeldepflicht zu ersetzen.

Der Landtag lehnt einen Vorrang von Sach- gegenüber Geldleistungen aus organisatorischen, gesellschaftlichen und finanziellen Gründen ab.

Der Landtag fordert die Landesregierung ferner auf, sich auf Bundesebene für eine Lockerung der Residenzpflicht einzusetzen. Die Residenzpflicht soll so ausgestaltet werden, dass eine hinreichende Mobilität insbesondere im Hinblick auf eine Arbeitsaufnahme möglich ist.

Christopher Vogt
und Fraktion